Stuttgart links
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Stuttgart
März 2014

Straßenverkehrsordnung vor Grundrecht? – Montags freie Fahrt zur Ladenkasse?

Wir leben in einer Demokratie, lernen unsere Kinder in der Schule und hören es von den Volksvertretern, die das Grundgesetz seit 1949 über 50mal veränderten. Von den gleichen die Mitbestimmung für verfassungsfeindlich halten und spontane Streiks verbieten wollen, aber die Aussperrung durch die Unternehmer für rechtens halten. So steht im Grundgesetz, dass die Macht vom Volke ausgeht. „ Aber wo geht sie hin?“ fragte Bertold Brecht in einem Gedicht.

(Geld-)Scheindemokratie

Zwar hat jeder Bundesbürger über 18 Jahre das Recht alle vier Jahre seinen Stimmzettel abzugeben, aber welche Politik gemacht wird, darauf soll er keinen Einfluss haben. Ganz im Gegensatz zu den Großkapitalisten und ihren Verbänden, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Macht auf vielfältige Weise in Parlament und Regierung ihre Interessen durchsetzen. Das Grundgesetz verkündet die Meinungs- und Pressefreiheit für alle. Aber gehören denn der Mehrheit die Massenmedien, die auf das Denken, Wollen und (Wahl)Verhalten einen bestimmenden Einfluss haben? Die Verfassung garantiert allen Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Aushebelung des Versammlungsrechts

Die gleichen Politiker, die Versammlungsfreiheit in anderen Ländern (wie beispielsweise in der Ukraine) fordern, wenn dem deutschen Kapital genehme Forderungen vertreten werden, scheuen im Inland keine Tricks, um das Versammlungsrecht auszuhebeln. Anmelder und Teilnehmer von Demos werden kriminalisiert, Gefahrenzonen werden eingerichtet, Demonstranten stundenlang eingekesselt und Videoaufnahmen von Polizei und Geheimdiensten sind üblich.

Schairers dicke Backen

Der ehemalige Polizeipräsident und jetzige Bürgermeister Schairer (CDU) hat seit dem 16. Dez. 2013 in Abstimmung mit OB Kuhn (Grüne) verboten, dass die Montagsdemos gegen S21 auf dem Arnulf-Klett-Platz stattfinden. Begründet wird das Verbot damit, dass den Interessen der Verkehrsteilnehmer Vorrang gegenüber dem vom Grundgesetz geschützten Interesse der S21-Gegner eingeräumt werden muss.

Auf die Ankündigung der Bahn, den Cityring für den Bau des Nesenbachdükers zu sperren, verkündete BM Schairer "Wir geben keine Fahrspuren her". Dabei weiß er doch genau, dass letztendlich nur das Eisenbahnbundesamt entscheiden wird.

Keine Verschärfung des Versammlungsrechts!

Die Ankündigung eines „bürgerfreundlichen Versammlungsgesetzes für Baden-Württemberg“ durch Grüne/SPD im Koalitionsvertrag vom 27.04.2011 muss als ernste Drohung verstanden werden und liefert weitere Vorwände, um Anmelder und Teilnehmer noch einfacher kriminalisieren zu können.

Nein zum Europa der Banken und Konzerne!

Interview mit Konni Lopau, DKP-Kandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament

Warum kandidiert die DKP zur EU-Wahl?

Konni Lopau: Die DKP hat beschlossen, zu dieser Wahl zu kandidieren, um dem Antikapitalismus eine Stimme zu geben. Die EU ist ein imperialistisches Staatengebilde unter zunehmender deutscher Dominanz, das Krieg und Krise exportiert und das andere Volkswirtschaften in den Ruin treibt. Aber auch hierzulande wächst die Armut, Altersarmut und Kinderarmut sowie die Armut trotz Arbeit. Spätestens seit dem Film „Hungerlohn am Fließband“ über Leiharbeit und Werkverträge bei Daimler wissen wir, wie die großen Konzerne die Schlacht auf dem Weltmarkt gewinnen wollen, z.B. mit dem Niedriglohnsektor, der immer schneller wächst.

Fortsetzung Seite 2

Wohnen muss bezahlbar sein! Seite 2

Solidarität gegen rassistische Hetze Seite 3

Pflege ist Arbeit am Menschen Seite 3

Ostermarsch 2014: Sagt Nein zu Krieg Seite 4

Auch in Stuttgart:
Wohnen muss bezahlbar sein!

Je weniger Einkommen zur Verfügung steht, desto schwieriger wird es, einen bezahlbaren Wohnraum zu finden. Immer mehr Menschen geben 50% und mehr ihrer Enkünfte für Wohnen aus. 15% der Stuttgarter Stadtbevölkerung gelten als armutsgefährdet.

Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung von 2013 erbrachte für Stuttgart das Ergebnis, dass lediglich 50% der angebotenen Wohnungen für Familien mit mittlerem Einkommen noch finanzierbar sind. Für arme Familien schrumpft das finanzierbare Wohnungsangebot auf 3%.

Wohnungsbau Chefsache?

Laut OB Kuhn (Grüne) ist der Wohnungsbau Chefsache. Hierzu soll es einen „Lenkungskreis Wohnungsbau der Bürgermeisterrunde“ geben. Zu Beginn seiner Amtszeit hatte er vollmundig 550 geförderte Wohnungen versprochen. In dem im Dezember 2013 vorgelegten „Wohnungskonzept mit sozialer Ausrichtung“ sollen nun jährlich 200 Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau und zusätzlich 100 Wohnungen für mittlere Einkommensbezieher gefördert werden. Nicht gerade viel, bedenkt man, dass aktuell mehr als 3 300 Haushalte in der Notfallkartei vom Amt für Liegenschaften und Wohnen nicht mit einer Wohnung versorgt werden können.

Skandalöse Wohnungssituation

Aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung? Bisher entstand durch städtische Wohnraumförderprogramme viel Wohneigentum, aber wenig bezahlbarer Mietwohnraum.

Wird der Bau von Sozialwohnungen durch städtische Mittel gefördert, so ist der Wohneigentümer verpflichtet, die Wohnungen nicht über einem festgelegten, vergleichsweise niedrigen, Quadratmeterpreis an einkommensschwache Personen zu vermieten. Diese so genannte Belegungsbindung für Sozialwohnungen ist jedoch zeitlich begrenzt. Laut Mieterbund wird es deshalb in vier Jahren gerade mal noch 10 000 Wohnungen mit Mietpreisbindung geben. Dies entspricht dann nur 3,3% des Stuttgarter Wohnungsbestandes. Im Jahr 2012 standen 21 neu gebaute Sozialwohnungen einem Verlust von mehr als 450 Sozialwohnungen durch Wegfall der Belegungsbindung gegenüber. Diese Wohnungssituation ist ein Skandal.

Wohnen ist keine Ware

Mit dem Wegfall der Mietpreisbindung entfällt für den Wohneigentümer der letzte Rest sozialer Verantwortung gegenüber dem Mieter. Der Profitmaximierung werden damit noch weniger Grenzen gesetzt. Bezahlbarer Wohnraum ist keine Ware, sondern gehört zur Daseinsvorsorge. Die Stadt darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen, für alle Menschen bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen! Dies steht jedoch im Widerspruch zu den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen.

LEER
LEERSTANDSMELDER.DE

Wohnungsleerstand in Stuttgart melden: www.leerstandsmelder.de

Einladung zu den Treffen der DKP

Gruppe Nord:

14-tägig dienstags: **04.03., 18.03.** und **01.04.**, 19.00 Uhr, Bürgerzentrum Feuerbach 1. Stock, Stuttgarter Str. 15 bei OBI**,** Eingang Roserplatz (Haltestelle Feuerbach Bahnhof)

Gruppe Cannstatt:

Di. 11.03. und **08.04.**, 19.00 Uhr, Gaststätte Äquator, Kreuznacher Str. 57, Cannstatt (Nähe Wilhelmsplatz)

Gruppe Süd:

jeden 3. Donnerstag im Monat, nächster Termin: **20.03.** um 19.00 Uhr, Linkes Zentrum Lilo Herrmann, Böblinger Str. 105, Stuttgart-Heslach (Haltestelle Erwin-Schöttle Platz)

Fortsetzung von Seite 1

Was sind die Kernaussagen der DKP zur EU?

Konni Lopau: Die DKP bezieht Position gegen ein Europa der Banken und Konzerne. Immer mehr Menschen in unserem Land merken, dass diese EU uns weder Wohlstand noch Frieden gebracht hat, sondern mit ihr v.a. ein Instrument geschaffen wurde, mit der die Umverteilung von unten nach oben forciert wird. Die DKP sagt NEIN zu Massen- und Jugendarbeitslosigkeit und JA zur gewerkschaftlichen und politischen Gegenwehr und Organisierung. Mehr dazu in unserem Wahlprogramm (siehe www.dkp.de und www.news.dkp.de).

Auch rechte Parteien wie die AFD stehen angeblich für ein NEIN zur EU. Was ist davon zu halten?

Konni Lopau: Die sog. Alternative für Deutschland setzt auf die reaktionäre Variante, auf die Spaltung der Arbeiterklasse z.B. in Deutsche und Ausländer. Das erleichtert die Abwälzung der Krisen auf die Bevölkerung. Und das kommt den Interessen der Herrschenden in unserem Land sehr entgegen, weil es dazu beiträgt, die Arbeiterklasse weiter zu schwächen. Die DKP sagt JA zur internationalen Solidarität und NEIN zu Rassismus und Faschismus! Die DKP steht für den sozialistischen Weg. Europa braucht eine stärkere Gegenwehr, die zu einer Veränderung des Kräfteverhältnisses führt. Es gilt die alte Losung: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!“

JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!

Impressum
DKP Kreis Stuttgart
Böblinger Str. 105
70199 Stuttgart
www.dkp-stuttgart.org

Wir brauchen auch finanzielle Unterstützung. Stuttgart links, Handzettel und vieles andere kosten Geld. Auch für kleine Spendenbeiträge sind wir dankbar.

DKP Stuttgart,
Spendenkonto 2078906,
BW-Bank, BLZ 60050101.

Solidarität gegen rassistische Hetze!

Der Gemeinderat will im Bereich Hattenbühl in Feuerbach 159 Flüchtlinge in sogenannten Systembauten, also Containern, unterbringen. Daran, dass diese Menschen vor Krieg, Verfolgung und Elend flüchten mussten, trägt Deutschland als drittgrößter Waffenexporteur der Welt auch seine Mitschuld.

Grundstücksbesitzer, die einen Wertverlust ihrer Immobilien befürchten, machen nun mit rassistischen Vorurteilen mobil. Das Leid der Flüchtlinge scheint bei diesen Herrschaften kein Mitgefühl auszulösen. Gut, dass sich im Januar Menschen auf dem Wilhelm-Geiger-Platz zusammengefunden haben, um gegen diese ausländerfeindliche Hetze zu demonstrieren.

Integration unerwünscht

Die rassistischen Ausfälle empörten selbst den Grünen OB Kuhn. Ob der Empörung dann auch Taten folgen werden?

Der Feuerbacher Bezirksbeirat hatte alternative Vorschläge unterbreitet, die Flüchtlinge in mehreren leerstehenden Gebäuden unterzubringen. Die Flüchtlinge jetzt in Massen-Containern im Hattenbühl einzuquartieren, und damit auch noch weit ab von kulturellen Angeboten, Einkaufsmöglichkeiten oder einer Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, trägt zur Ausgrenzung dieser Menschen in Not bei.

Flüchtlinge willkommen heißen geht anders. Z.B. wie es die DKP in ihren kommunalpolitischen Standpunkten entwickelt hat, braucht es vor allem eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in kleinen Einheiten. Außerdem müssen die rassistischen Sonderregelungen, wie z.B. die Residenzpflicht, für Flüchtlinge und Asylsuchende beendet werden, insbesondere sollen diese Menschen regulär arbeiten dürfen.

Der Spaltung entgegen wirken

Die rassistische Hetze bedient sich der sozialen Ängste und Vorurteile der Bevölkerung. Flüchtlinge und Migranten sollen für Sozialabbau und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden. Dies dient letztlich nur der Verschleierung der Umverteilung zugunsten der Reichen.

Die sogenannte Flüchtlingsproblematik ist untrennbar mit den sozialen Bedürfnissen der Arbeiterklasse verknüpft. Gegen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit brauchen wir Solidarität und den gemeinsamen Kampf gegen die Profiteure!

Pflege ist Arbeit am Menschen

Durch den Fortschritt in der medizinischen Entwicklung und immer bessere Medikamente werden wir immer älter. Die Zahl der „hochaltrigen Menschen“ (also bis und über 100 Jährige) steigt. Das ist schön, unsere nächsten Verwandten sind lange Zeit an unserer Seite. Doch es hat auch Schattenseiten.

Miserable Arbeitsbedingungen

Die Situation der Pflege hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Die täglichen Herausforderungen werden erschwert durch Arbeitskräftemangel, zu niedrige Bezahlung, fehlende Wertschätzung in Politik und Gesellschaft. Dazu kommen noch familienunfreundliche Arbeitszeiten und fehlende Aufstiegsmöglichkeiten. Unter solchen Voraussetzungen wird eine gute und qualifizierte Arbeit immer schwerer. Durch die schlechten Arbeitsbedingungen wie Drei-Schicht-Arbeit, Sonn- und Feiertags-Arbeit und die schlechte Bezahlung wird dieser Beruf immer unattraktiver. Pflegeheime und ambulanten Pflegedienste stellen im Regelfall nur noch Teilzeitkräfte ein, so dass viele genötigt sind, noch einen Zweitjob auszuüben, da sie sonst nicht über die Runden kommen.

„Pflege“ im Minutentakt

Durch die Zeitvorgaben des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) soll eine Pflege im Minutentakt durchgeführt werden. Dies geht völlig an den Bedürfnissen der alten Menschen vorbei. Im Normalfall muss eine Pflegefachkraft zwölf Menschen versorgen (Baden, Waschen). Dazu kommen noch das Richten und Verteilen von Medikamenten, die Versorgung von Wunden, Arztgespräche, Betreuung und Beratungsgespräche mit den Angehörigen. Zusätzlich stiehlt der zunehmende Aufwand für die Pflegedokumentation wichtige Zeit, die den alten Menschen fehlt.

Profit auf Kosten der Pflege

Viele Fachkräfte schaffen es nicht, diesem physischen und psychischen Stress Stand zu halten. Darum muss man sich nicht wundern, wenn viele nach durchschnittlich sieben Jahren den Pflegeberuf wieder hinschmeißen. Doch das darf nicht so weiter gehen. Die Pflege liegt am Boden. Es ist Zeit für Veränderungen. Mit der Überwindung des Profitsystems würde sich auch dieses Problem lösen lassen.

Am 1. August 1914 erklärte das Deutsche Reich Russland, am 3. August Frankreich den Krieg und machte damit aus dem Lokalkrieg Österreich-Ungarns gegen Serbien den ersten „modernen Krieg“, wie das kontinentale Massenschlachten heute gerne genannt wird.
17 Millionen Menschen fanden den Tod.
Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen und begann damit den Zweiten Weltkrieg, der sich schließlich fast über den gesamten Globus zog.
Am Ende waren 60 Millionen Tote zu beklagen.
Am 24. März 1999 erklärte Kanzler Schröder „Wir führen keinen Krieg“. An diesem Tag hatten deutsche Soldaten im Rahmen eines völkerrechtswidrigen Krieges der NATO gegen Jugoslawien damit begonnen, zum dritten Mal Belgrad zu bombardieren. Zum ersten Mal führte die Bundeswehr, die offiziell als reine Verteidigungsarmee gegründet worden war, wieder Krieg.
Damit wurde der nach dem 2. Weltkrieg geltende Konsens „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ gebrochen.
Der Rückblick auf die beiden Weltkriege, sollte Anlass genug sein, nun endlich eine Kehrtwendung zu machen:

Schluss mit Krieg und Militär.
Schluss mit Rüstungsproduktion und -export.
Ächtung und Beseitigung aller Atom- und anderer Massenvernichtungswaffen.
Umfassende Abrüstung!
Schulfrei für die Bundeswehr statt Werbung für Kriegseinsätze.
Zivilklauseln statt Rüstungsforschung.
Frieden statt Krieg!

UZ-PRESSEFEST
VOLKSFEST der DKP

27.–29. Juni 2014
Dortmund
Revierpark
Wischlingen

Das größte Volksfest der Linken!

www.dkp.de

Veranstaltung zum
INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Sonntag 9.März 2014 14 - 17 Uhr
Waldheim Gaisburg, Obere Neue Halde 1

DKP Waldheim Gaisburg SDAJ

“Ihr seid Träumer” sagte der Traum

Ein Roman über das Aufrechtgehen in schweren Zeiten
Ein Bericht über die selbstbewusste Belegschaft eines kleinen Betriebes

Buchempfehlung: "Ihr seid Träumer" sagte der Traum

Ein neuer Roman, veröffentlicht vom Autor Manfred Jansen im Eigenverlag, beschreibt einen erfolgreichen Kampf gegen Betriebsschließung und Massenentlassungen.
Wie Beschäftigte mit zahlreichen kreativen Mitteln ihre Arbeitsplätze verteidigen, wurde selten so präzise geschildert.
Eine spannende Geschichte, lehrreich doch voll Dramatik und Witz.
Das Buch mit dem Titel „Ihr seid Träumer sagte der Traum“ ist für 16.- € plus 2,40 € Versandkosten zu beziehen unter buchmj@t-online.de